



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Pläne zum Umzug des Staatsarchivs nach Kitzingen neu überdenken

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- zu prüfen, welche derzeit noch unbebauten Grundstücke in Würzburg, die im Besitz des Freistaates oder der Stadt Würzburg sind, für den Bau eines Staatsarchivgebäudes geeignet sind,
- ein Moratorium für die weitere Planung des Staatsarchivs in Kitzingen einzuführen, bis diese Prüfung vonstattenging.

Begründung:

Der Bund der Steuerzahler hat die unverhältnismäßigen Kosten für den Bau des Staatsarchivs in Kitzingen explizit in seinem „Schwarzbuch 2019“ als Beispiel für die Verschwendung von Steuergeldern hervorgehoben, insbesondere im Hinblick auf das ursprüngliche Ziel, damit im Namen der Heimatstrategie Arbeitsplätze in den ländlichen Raum zu verlagern. So stehen den 19 zu verlagernden Arbeitsplätzen inzwischen Kosten von geschätzt 63,5 Mio. Euro gegenüber. In den ersten Kostenschätzungen waren es 33 Mio., im April 2019 wurden konkretere Kostenschätzungen öffentlich, die sich bereits auf über 50 Mio. Euro beliefen, inzwischen stehen über 63 Mio. Euro im Raum. Dabei sind die Umzugskosten sowie Kosten für die Nutzung eines Zwischenlagers für die Archivalien noch gar nicht berechnet bzw. einbezogen, sondern fallen zusätzlich an.

Die Zusammenführung der bislang in Würzburg auf zwei Standorte verteilten Archivbestände in einem Gebäude ist sinnvoll und die Schaffung weiterer Flächen für Archivgut ist notwendig. Der Neubau eines Staatsarchivs ist insofern eine geeignete Strategie, um den Bedarf an geeigneter Archivfläche langfristig zu erfüllen. Allerdings haben sich sowohl die fachlichen Kreise als auch die Stadt Würzburg klar gegen einen Umzug des Archivs an dem geplanten Standort in Kitzingen ausgesprochen, weil damit die zusammenhängende Struktur der Archive am Standort Würzburg (Diözesan-, Juliusspital-, Universitäts- und Stadtarchiv) unwiederbringlich zerstört werden würde. In der Archivlandschaft Würzburgs kommt dem Staatsarchiv wegen seiner weitaus größten Bestände eine Leit- und Schlüsselstellung zu. Der Forschungs- und Wissenschaftsstandort Würzburg wird durch den Umzug stark geschädigt, der Nutzen für Kitzingen ist marginal. Angesichts der explodierenden Baukosten ist es deshalb notwendig, die Standortfrage neu zu überdenken, um Millionen von Steuergeldern nicht durch einen teuren Bau am falschen Standort zu verschwenden. In der Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Kerstin Celina vom 16.05.2019 (Drs. 18/2029) erläutert die Staatsregierung, dass auf der Konversionsfläche der ehemaligen Leighton Barracks 96 ha der Stadt Würzburg gehören und 39 ha dem Freistaat für weiteren Flächenbedarf der Universität Würzburg. Im Rahmen des Moratoriums soll überprüft werden, welche Flächen dort genau gebraucht werden und ob durch flächensparendes Bauen das Staatsarchiv dort einen neuen Platz in der Nähe der anderen Archive in Würzburg finden könnte.